

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 35 (1994)
Heft: 7

Artikel: Zwischen Souveränität und Integration
Autor: Emmerich, Klaus
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1092863>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 04.03.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

SOI-Seminar «Kleinstaat in Gesamteuropa»

Zwischen Souveränität und Integration

Professor Klaus Emmerich, ehem. ORF-Korrespondent

Geschichte wie Gegenwart beweisen: Klein und Gross stellen relative Begriffe dar, die zu definieren in die Realität der politischen und wirtschaftlichen Gegenwart führt. Grosse wie kleine Staaten sehen sich in ihrer selbstgewählten Ordnung und den oft fremdbestimmten Markteinflüssen herausgefordert. Wichtiger als vordergründige Souveränität und das Identitätsbedürfnis von Bürgern, die sich der wahren Abhängigkeit nicht bewusst sind, wirken die eigentlichen Machtverhältnisse ein.

Am Beispiel des Rohölverrechnungspreises lässt sich ablesen, dass selbst grosse Staaten, ja Weltmächte, vor den betriebswirtschaftlichen Erfordernissen multinationaler Unternehmen zurückstecken müssen. Im Falle des Rohölverrechnungspreises bemühten sich internationale Organisationen wie die Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, die OECD oder die UN-Kommission für Europa, die ECE, jahrelang vergeblich, die wahren Abhängigkeitsverhältnisse zwischen Gross und Klein, zwischen Staaten verschiedener Grösse und Märkte innerhalb, ausserhalb oder grenzüberschreitend herauszurechnen. Erst der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft — neue Namensänderung Europäische Union — ist es zu verdanken, dass der Rohölverrechnungspreis entmythologisiert wurde.

In diesem Prozess stellt sich immer wieder heraus, wie begrenzt die Souveränität des Einzelstaates ist. Der Wunsch nach Integration als einem objektivierenden Kontrollinstrument leitet sich damit schon aus der Betriebswirtschaft ab. Vor dem Hintergrund einer europäischen Gesamtordnung, an der grosse wie kleine Staaten gleichberechtigt und gleichförmig teilzunehmen vermögen, geht freilich über die Betriebswirtschaft seit langem hinaus.

Aufgezwungene Integration

Völkerrechtlich ist das Verhältnis zwischen Kleinstaat und Grossstaat naturgegeben ambivalent. An Beispielen ist

kein Mangel: Etwa zwischen den USA und Kanada oder auch zwischen Grossbritannien und den USA und zwischen Belgien und Frankreich oder der deutschsprachigen Schweiz gegenüber Deutschland wie der Welschschweiz gegenüber Frankreich. Jenseits ökonomischer Strukturen und Abhängigkeiten schwingen die Sensibilitäten des Durchschnittsbürgers mit. Er möchte sich in überschaubaren Einheiten bewegen, realisieren und persönlich integrieren.

Dieses Bedürfnis der Nestwärme bezieht sich keineswegs nur auf Westeuropa. Osteuropa hat in über 40 Jahren Kommunismus erfahren, was kommandierte Identität bedeutet: Zwangsweiser Zusammenschluss in einem diktatorischen Ein-Parteien-Staat mit aufoktroyierten Loyalitäten eines militanten Blocks. Ideologischer Zentralismus hat den Mittel- und Kleinstaat Westeuropas von Beginn der erzwungenen Integration die Identität geraubt. Aufbegehren gegenüber dem Kommando aus Moskau zählt zu den geschichtlichen Befreiungsversuchen, die zunächst gescheitert sind — 1953 in Ostberlin, 1956 in Ungarn, 1968 in Prag, seit 1970 in Polen und seit 1989 im ehemaligen Jugoslawien.

Mit der ideologischen Auseinandersetzung um Kollektivismus oder Individualismus verband sich bei all diesen und anderen Extremfällen der Selbstbefreiung das Spannungsverhältnis zwischen Klein und Gross. Aufstieg und Fall des Reiches der Habsburger sowie Panslavismus und Austroslavismus markieren diesen steinigen Weg. Als sich dann das Fenster der Geschichte 1989 öffnete, stellte sich heraus, dass Gross und Klein, Ost und West auf die Zeit nach der Stunde Null, nach dem Zerfall des kommunistischen Blocks, nicht vorbereitet waren.

«Missverständnisse» zwischen Ost und West

Im Osten setzte man auf nationale Bestimmung in kleinen, wieder oder erstmals souverän gewordenen staatlichen Einheiten. Oft wurde an die Verhältnisse vor dem ersten Weltkrieg angeknüpft, ohne die fundamentalen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Veränderungen dieses Jahrhunderts zu bedenken. In

Der Durchschnittsbürger möchte sich in überschaubaren Einheiten bewegen, realisieren und persönlich integrieren.

den Ländern, die sich heute Reformstaaten nennen — wobei die Begriffsbestimmung Kopfzerbrechen bereitet —, glaubte man, es genüge, den Einfluss von Allrussland und des Kommunismus abzuschütteln und sich damit von Ost nach West umzuorientieren. Verkannt wurde, dass die umfassende Ideologie von Stalinismus und Kommunismus nicht nur die Herrschaftsstrukturen und Eliten jahrzehntelang geprägt hat, sondern den Durchschnittsbürger.

Bei allem Aufbegehren gegen die Unzulänglichkeiten eines Regimes, das ausser Rüstung keinerlei Fortschritte zu bieten oder auch nur die primitiven Lebensbedürfnisse zu befriedigen verstand, verband sich die Selbstbefreiung der Klein-

Lettland erwartet Sie

Nach 50 Jahren Fremdherrschaft und Isolierung ist Lettland wieder auf dem Rückweg nach Europa. Riga-Reisen erschliesst ein Land mit unberührter Natur, reicher Kultur und vermittelt nicht alltägliche Einblicke in die Probleme einer Gesellschaft im dramatischen Wandel von Kommunismus zu Demokratie und Marktwirtschaft.

Achttägige Informationsreise

«Lettland – Land im Umbruch» Fr. 1490.–

Acht Tage «Romantisches Lettland» Fr. 1430.–

Acht Tage «Baltische Hauptstädte» Fr. 1390.–

Verlangen Sie nähere Auskünfte über unsere vielfältigen Angebote.

Riga Reisen

Telefon 063 61 07 70



Klaus Emmerich zum Spannungsfeld Souveränität und Integration (Foto: M. Figl).

staaten von der Grossmacht. Von vornherein spielte dabei ein erhebliches Mass nationaler Interessen oder auch nationalistischer Träumereien eine erhebliche Rolle.

Der Westen glaubte, die Ostöffnung als eine verdiente Folge geschichtlicher Mechanik quittieren zu können. Man habe die besseren Rezepturen, das redlichere Gesellschaftssystem und den wirtschaftlichen Dauererfolg auf seiner Seite. So glaubte man im Westen, das Koppelprodukt «Demokratie» und «Kapitalismus» als Rezept reiche.

Schon wieder stellte sich hier begrifflich eine gefährliche Vereinfachung ein. Kapitalismus, wie er Jahrzehntelang in der kommunistischen Propaganda als Klassenfeind verunglimpft wurde, existiert im Westen — bei aller Vielfalt der Grösse und der gesellschaftlichen Substanz einzelner Staaten — nicht. Auf der Suche nach dem Erfolgsrezept wird in den Reformstaaten nach wie vor Kapitalismus mit sozialer Marktwirtschaft verwechselt oder vermengt. Auch stellte sich im ehemaligen Ostblock die naive

Vorstellung ein, in wenigen Jahren, ja Monaten, durch blosse Öffnung gegenüber dem Westen, dessen Lebensformen und gar dessen Lebensstandard zu erreichen.

Ernüchterung allenthalben

Schon wenige Jahre nach der sanften Revolution breitete sich in der Mitte Europas Enttäuschung aus. Die Mehrheit der Bürger in den Reformstaaten empfinden ihren Lebensstandard niedriger oder gefährdeter als zur kommunistischen Zeit. Tatsächlich jedoch war es ein Scheinschutz, den das alte Regime vermittelt und damit die schweren und nachhaltigen Fehlentwicklungen und Strukturschwächen getarnt hat. Was Ungarn oder Tschechen, Polen oder Slowaken gern übersehen, ist der Anteil der Schattenwirtschaft. Sie macht in einzelnen Fällen bis zu 40 % des Bruttoinlandproduktes aus. Also ein Bereich, der zwar dem einzelnen und dem einzelnen Betrieb zugute kommt, nicht jedoch der Allgemeinheit, da auch in der östlichen Underground-Economy weder Steuern noch Sozialabgaben und andere Beiträge zum Gemeinwohl geleistet werden.

Konzeptlosigkeit auf beiden Seiten erschwert nicht nur den Systemwechsel von der kommunistischen Zentralverwaltungswirtschaft zu der einen oder anderen Form pluralistischer Demokratie. Auch das Verhältnis der Staaten untereinander weist Defizite auf. Wie der Fall Jugoslawien zeigt, stecken in der nachrevolutionären Situation der Mitte und des Ostens Europas erhebliche Gefahren. Experimentell, wie die Lage sich darstellt, sind zwar mildernde Umstände für den Durchschnittsbürger gefragt — nicht jedoch für die Staaten.

Jedwede Eingliederung von Mittel- und Osteuropa in den gesamteuropäischen Staatenverband entspricht einer Bringschuld aller Verantwortlichen. Diese Schuld wird durch die Konzeptlosigkeit nur verdeutlicht. Es fehlt an Rang- und Reihenfolgen politischer, wirtschaftlicher und sozialer Art. Wie sich Demokratie nicht befehlen lässt, sondern wachsen will, verhält es sich in solchen Umbruchzeiten auch mit der Interessenlage von Kleinstaaten. Die europäische Integration — gegenwärtig einzige diskutabile Form die Europäische Union — gibt in dieser Übergangszeit ihr anziehendes Beispiel geradezu mechanisch ab. Mangels Alternative wirkt sie vor allem auf die Bevölkerung in den Reformstaaten als die «heile Welt des Wohlstandes». Wie die Westeuropäer nach dem Zweiten Weltkrieg Amerika als das «gelobte Land» empfanden, verhält es sich heute für viele in Europa mit EU-Europa.

Souveränität «oder» Integration oder «und»?

Hinter den vordergründigen Wohlstandsversprechen der Westeuropäischen Union verbergen sich zwei Elemente unterschiedlicher Qualität. Einmal der Verzicht auf Teilsouveränitäten zwecks Integration. Für Osteuropäer ein schwer verständlicher und schwer verdaulicher Vorgang nach mehr als vier Jahrzehnten Blockdiktatur. Selbst gelehrten Westeuropäern ist oft nicht genug bewusst, dass Integration nur funktioniert, wenn Souveränität in die Masse geworfen wird.

Dieser Vorgang schliesst nicht nur die Wahrung nationaler oder auch regionaler Identitäten nicht aus, sondern fördert sie. Kleine Staaten überproportional an der Integration mitwirken zu lassen, ist erklärtes Ziel seit den Römischen Verträgen des Jahres 1957. An Beweisen der Überrepräsentation kleinerer Staaten gegenüber den grossen fehlt es in der europäischen Integration wahrlich nicht. Immer wieder kommen ungeduldige Bedenken der «Grossen» hoch, die über Einfluss die politischen Geschicke der Integration in ihrem Sinne zu lenken trachten. West und Ost freilich stehen noch mitten im Lernprozess einer fairen Gewaltenteilung bei fortschreitender Integration.

Wirtschaftliches und damit soziales Gefälle verstärkt freilich das Durchdringungsbedürfnis. Was offene und versteckte Abhängigkeiten mit sich bringen und einer fairen Kontrolle bedürfen, verstehen die Eliten der Reformstaaten offenkundig besser als ihre Standesgenossen im Westen. Uralte Auseinandersetzungen um Bundesstaat und Staatenbund, um Föderalismus und Zentralismus erfahren in der Fragestellung «gross oder klein» immer neue Akzente. Als gesicherte Erkenntnis gilt in dieser Dauerspannung, dass eine solide Integration der Souveränität und Identität den Kleinstaaten besser bekommt als den Grossen. ■

Wie sich Demokratie nicht befehlen lässt, sondern wachsen will, verhält es sich in Umbruchzeiten auch mit der Interessenlage von Kleinstaaten.